

# **„Staat der Zukunft“**

**Ergebnisse einer Repräsentativbefragung**

**September 2005**

Torsten Schneider-Haase

Oliver Haubner

## Summary

- Die Mehrheit der Deutschen (69%) fühlt sich für das eigene Wohlergehen selbst verantwortlich. Diese Einstellung ist im Westen verbreiteter als in den neuen Bundesländern. Noch immerhin jeder Vierte schreibt in erster Linie dem Staat die Verantwortung für das Wohlergehen seiner Bürgerinnen und Bürger zu.
- Bundesweit betrachtet sieht die Mehrheit der Befragten (66%) den Staat als Garant für ein Leben in selbstbestimmter Freiheit. In den neuen Bundesländern stimmen nur 56 Prozent der Befragten dieser Aussage zu.  
Drei von zehn Deutschen schreiben dem Staat die Verantwortung zu, seinen Bürgern ein Leben in Sicherheit und Wohlstand zu gewährleisten.
- Die Vorstellungen der Deutschen vom Staat sind diffus. Lediglich jeder Fünfte gibt an, sich diesen relativ klar und deutlich vorstellen zu können.
- Der Staat wird am häufigsten unter organisatorischen und administrativen Gesichtspunkten („Verwalter“, „Überwacher“ oder „Regulierer“) wahrgenommen. Die Rolle des Aktivators ist unterrepräsentiert.
- Mit dem Staat werden vorwiegend soziale, ordnungs- und sicherheitsorientierte Leistungen assoziiert.
- Als wichtigste Aufgaben des Staates nennen die Befragten die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung, von Chancengleichheit – vor allem bei der Bildung – und von Gerechtigkeit. Die Mehrheit fordert auch die Sicherstellung gesunder Lebensbedingungen sowie einer gesicherten Zukunft vom Staat.
- Nur etwa die Hälfte der Befragten gibt an, in den letzten fünf Jahren Veränderungen im Bereich von Staat und Verwaltung wahrgenommen zu haben. In der Wahrnehmung von Veränderungen überwiegen Reformen am Arbeitsmarkt.
- Allerdings: die überwältigende Mehrheit der Befragten betont die Notwendigkeit weiterer Veränderungen des Staates, vor allem im Bereich der Kinder.

- Konkrete gesellschaftliche Aufgabenbereiche (schulische Ausbildung, Vorsorge gegen Arbeitslosigkeit etc.) zählen nach Ansicht der Bürger in Deutschland primär zum Aufgabenbereich des Staates.
- Bei zwei von drei Befragten ist in ihrer Selbsteinschätzung das gesellschaftliche Engagement ausbaufähig.
- Insgesamt wären viele Befragte bereit, sich vermehrt sozial einzubringen - die Sinnhaftigkeit einer Tätigkeit ist dabei ein wichtiges Motiv.

## Einleitung

TNS Emnid führte im Auftrag der Bertelsmann Stiftung in Gütersloh eine repräsentative Befragung unter der deutschen Bevölkerung ab 14 Jahren durch. Ziel der Untersuchung war die Erfassung des **aktuellen Meinungsbildes zum Staat in seinen verschiedenen Facetten**. Welche Vorstellungen und Wahrnehmungen haben die Bürgerinnen und Bürger vom Staat? Sehen sie den Staat eher als den „Enabler“ oder wünschen sie sich den „Rundumversorger“? Welche Reformerfordernisse und –erfolge sehen sie? Wo und unter welchen Bedingungen sind die Bürger bereit, sich verstärkt einzubringen?

Die Umfrage wurde **telefonisch** durchgeführt. Die Auswahl der Befragten wurde nach einem Zufallsverfahren vorgenommen.

Die **Repräsentativbefragung** wurde am 8. und 9. August 2005 durchgeführt. Befragt wurden insgesamt 1.006 Personen. Damit liegt die mittlere Fehlertoleranz der im Kommentar berichteten Prozentangaben in neun von zehn Fällen bei +/- 3 Prozentpunkten.

Die Umfrage wurde telefonisch in den TNS Emnid CATI-Studios Bielefeld und Berlin durchgeführt. Die Generierung der Telefonstichprobe erfolgte nach den wissenschaftlichen Standards des Arbeitskreises der deutschen Markt- und Sozialforschungsinstitute e.V.

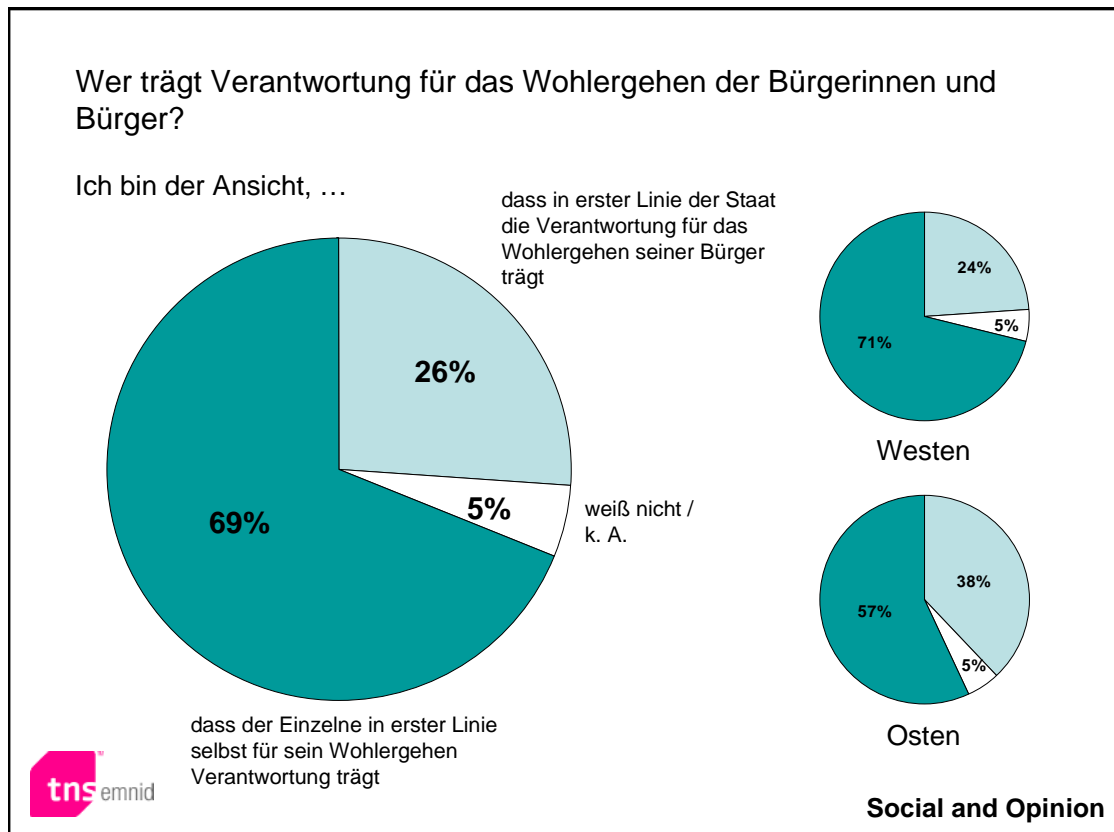
Vor dem eigentlichen Start der Hauptbefragung wurde der Fragebogen einem Pretest unterzogen. Dieser wurde im TNS Emnid Telefonstudio in Berlin unter realen Bedingungen durchgeführt.

# Ergebnisse

Im Folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse der Studie zusammenfassend und anhand von Grafiken dargestellt und interpretiert. Für eine Betrachtung der *Detailergebnisse* stehen umfassende Tabellenbände zur Verfügung.

## 1. Nur für eine Minderheit der Bürger ist in erster Linie der Staat für das eigene Wohlergehen verantwortlich

Um den Interviewten den Einstieg in das Thema der Untersuchung „Staat der Zukunft“ zu erleichtern, wurde ihnen zunächst eine allgemeine Frage gestellt, nämlich wer in erster Linie die Verantwortung für das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger Deutschlands trage, der Staat oder der Einzelne.



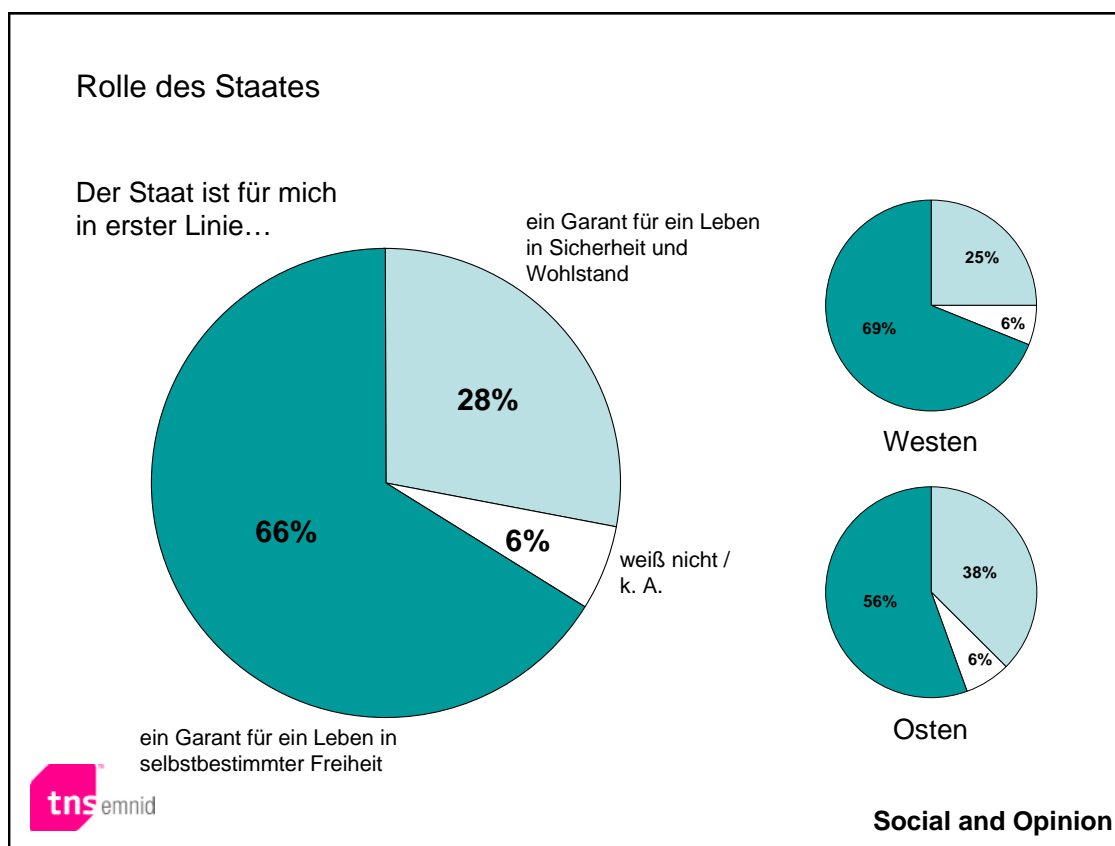
Frage: **Über das Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern und dem Staat kann man ganz unterschiedlicher Meinung sein. Welcher der folgenden Aussagen würden sie eher zustimmen?**

Durchschnittlich **sieben von zehn Bundesbürgern** sind der Meinung, dass sie für ihr Wohlergehen **hauptsächlich selbst verantwortlich** seien. Diese Einstellung ist **im Westen verbreiteter als in den neuen Bundesländern**, was an der unterschiedlichen Sozialisation der beiden Bevölkerungsgruppen liegen dürfte – auch 15 Jahre nach der Vereinigung.

Während es so gut wie keine Alters- und Geschlechtsunterschiede im Antwortverhalten gibt, lassen sich in Bezug auf andere soziodemographische Faktoren klare Tendenzen erkennen, insbesondere bei der formellen **Bildung**: je höher diese ist, desto eher wird die Eigenverantwortung betont. Auch mit zunehmender Verstärkung nimmt der Bezug auf die Eigenverantwortung zu.

## 2. Der Staat wird in erster Linie als Garant für ein Leben in selbstbestimmter Freiheit wahrgenommen

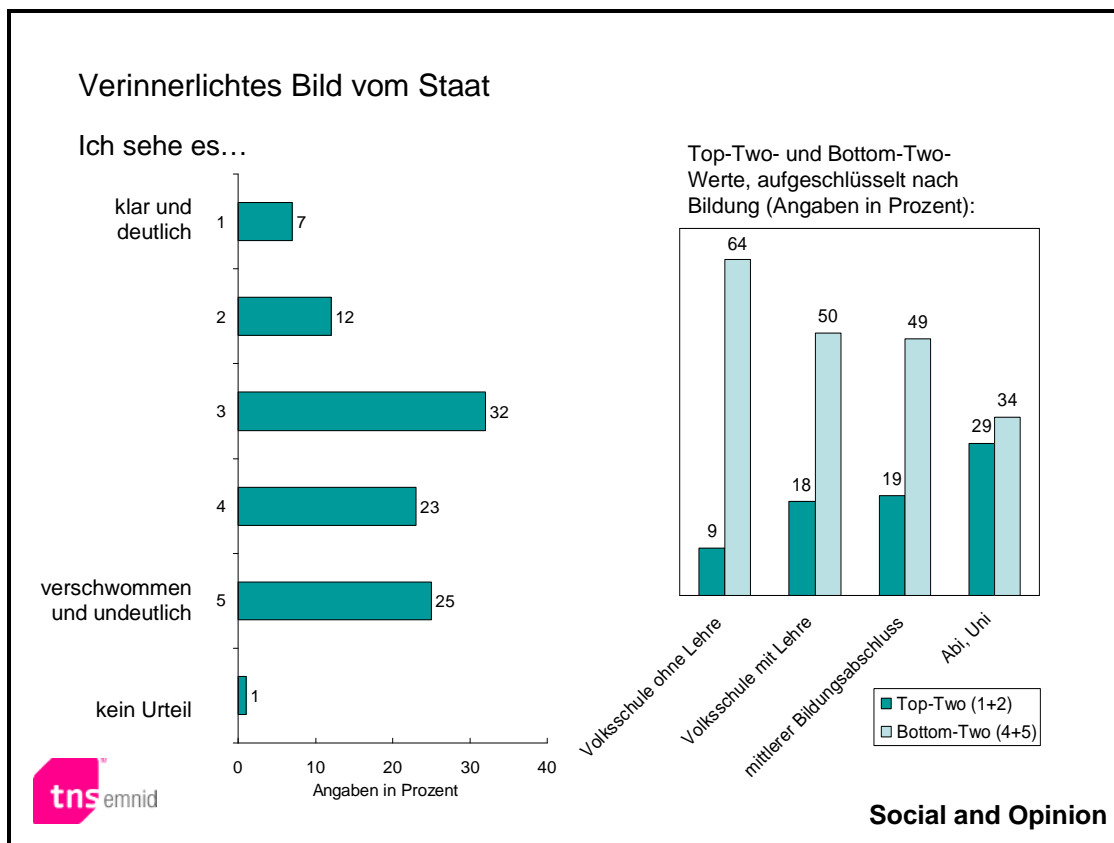
In eine ähnliche Richtung zielte die Frage nach der Rolle des Staates.



Frage: **Wir haben ja gerade schon von Staat gesprochen. Der Einzelne kann dem Staat ja ganz unterschiedliche Aufgabenbereiche zubilligen. Welche der nachfolgenden Aussagen trifft für Sie eher zu?**

Bundesweit betrachtet sieht die Mehrheit der Befragten den **Staat als Garant für ein Leben in selbstbestimmter Freiheit**. Umgekehrt schreiben drei von zehn Bürgern dem Staat die Zuständigkeit zu, seinen Bürgern ein **Leben in Sicherheit und Wohlstand** zu gewährleisten. Unterscheidet man nach dem Antwortverhalten zwischen der Bevölkerung in Ost und West, so ist aus Sicht der ostdeutschen Bevölkerung der Staat vornehmlich für Sicherheit und Wohlstand verantwortlich – anders als im Westen.

### 3. Vom „Staat“ ist ein eher diffuses Bild vorherrschend



**Frage:** Im Folgenden geht es um die bildliche Vorstellung, die Sie von Menschen oder Gegenständen haben. Bitte versuchen Sie, sich vor Ihrem inneren Auge ein Bild vom Staat zu machen! Wie klar und deutlich ist dieses Bild für Sie?

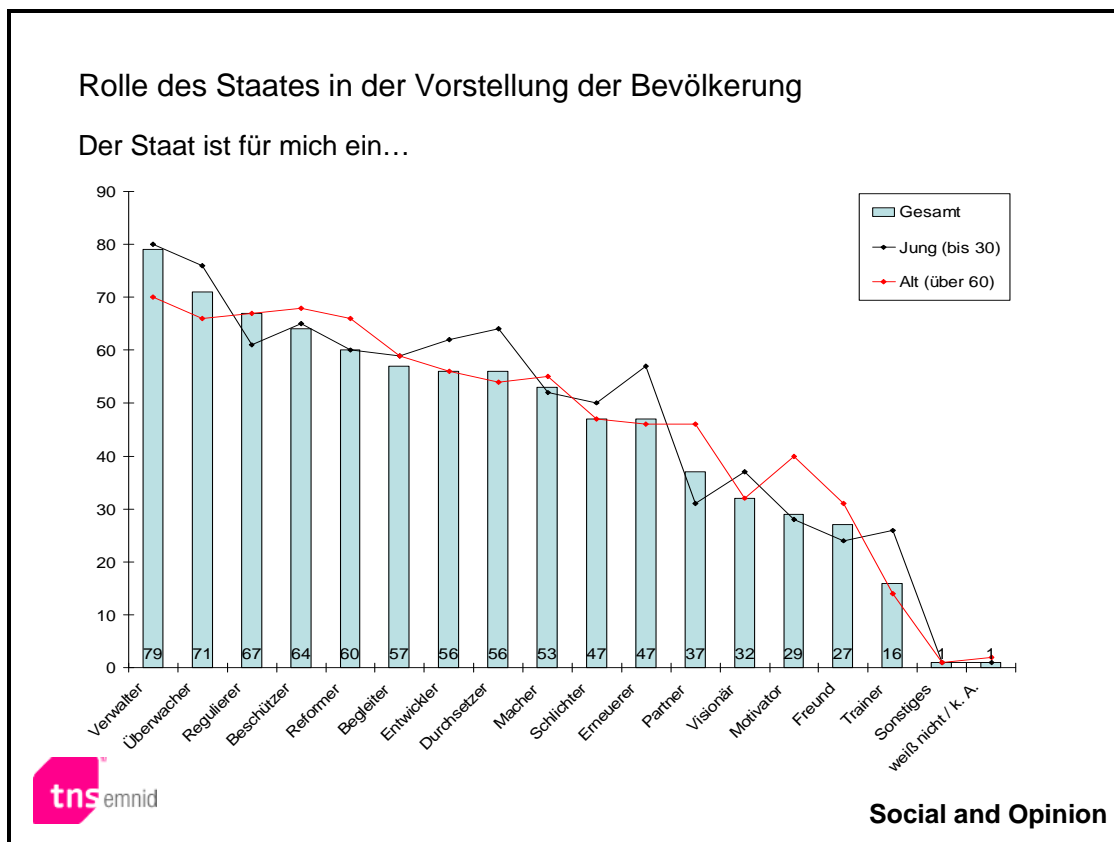
In der persönlichen Einschätzung der Bürgerinnen und Bürger zeigt sich ein verschwommenes, eher **diffuses Bild vom Staat**. Nur knapp jeder Fünfte hat nach eigenen Angaben klare Vorstellungen darüber, was der „Staat“ ist bzw. sein soll.

Für die Hälfte der Befragten ist dieses innere Bild nur undeutlich und verschwommen zu erkennen, wobei Befragte mit höherem Bildungsabschluss eher in der Lage sind, klare Konturen des Staates zu erkennen.

Entsprechend der diffusen Vorstellung vom Staat werden dem Staat **völlig unterschiedliche Rollen** zugewiesen:



4. Der Staat wird primär mit organisatorischen und administrativen Funktionen in Verbindung gebracht - nur wenige sehen ihn in der Rolle eines Aktivators.



Frage: Der Staat kann für den Einzelnen eine ganz unterschiedliche Bedeutung haben. Wenn Sie sich einmal Ihr Bild vom Staat in seiner Gesamtheit vor Augen führen: Welche der nachfolgenden Rollen passt zu Ihrem Vorstellungsbild von Staat? Bitte sagen Sie mir alles, was auf Sie zutrifft.

Knapp acht von zehn Befragten sehen den Staat als **Verwalter**. In der Rolle des **Überwachers** sehen ihn 71 Prozent und etwa zwei Drittel der Befragten sehen im Staat einen **Regulator**. Somit wird der Staat primär unter dem Aspekt seiner **organisatorischen und administrativen Funktionen** betrachtet.

Demgegenüber tritt die Funktion des Staates als Institution, die seine Bürger **„aktiviert“ und animiert** („Trainer“-16%, „Freund“-27%, „Motivator“-29%, „Partner“-37%) **deutlich zurück**.

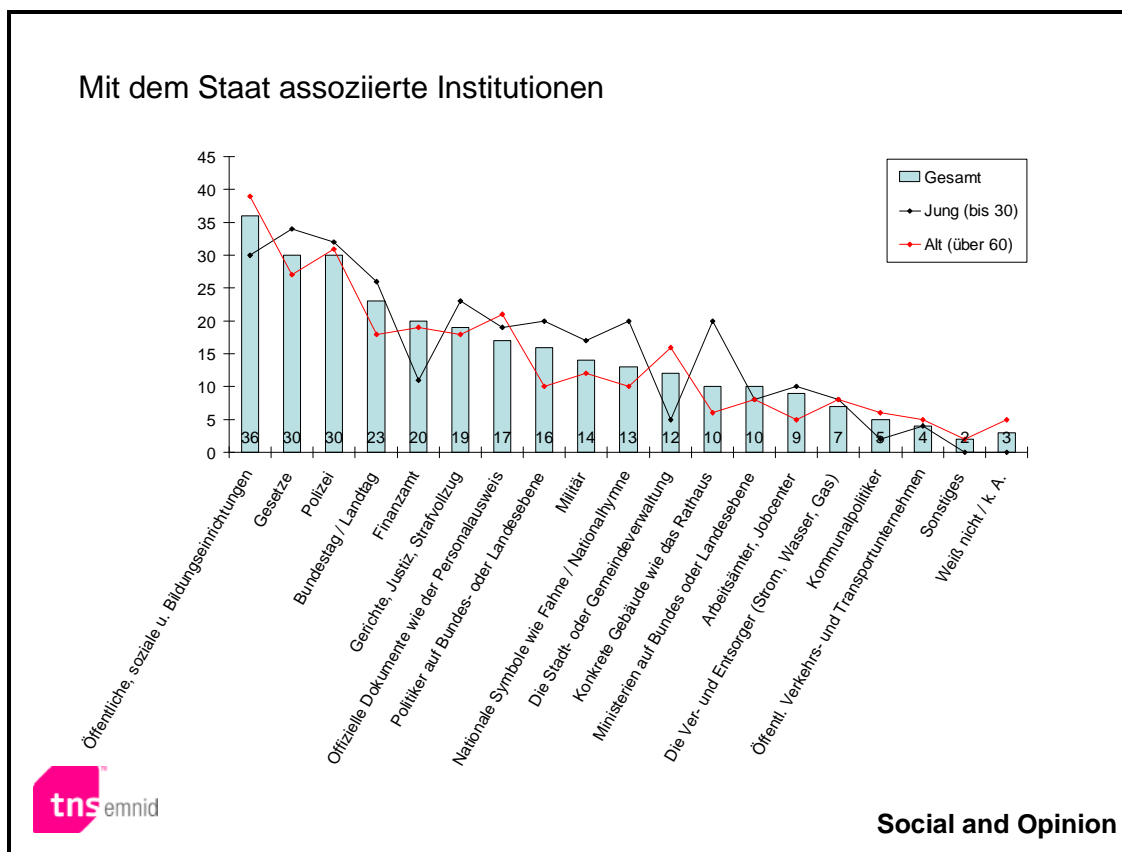
Als **„aktiv“** im Sinne eines proaktiv Handelnden wird der Staat durchaus betrachtet („Durchsetzer“-56%, „Macher“-53%), aber **ebenso mit eher „passiven“ Attributen** belegt wie „Begleiter“ (57%) oder „Beschützer“ (64 %).

Während die älteren Befragten den Staat eher in seiner Rolle als „Aktivator“ begreifen, haben **die Jüngeren ein verstärkt administratives Rollenverständnis**.

Die relative Distanz des Staates als eher abstraktes Gebilde zum einzelnen Bürger kommt zudem in den niedrigen Werten für Rollenzuweisungen wie „Freund“ oder „Trainer“ zum Ausdruck, die stark individualisierte Beziehungen sind.

Die größten **Ost-West-Differenzen** ergeben sich bei den Attributen „Partner“ und „Trainer“: Während 39 Prozent der Westdeutschen den Staat als Partner empfinden und nur 29 Prozent der Befragten in den neuen Bundesländern diese Auffassung vom Staat teilen, ist das Verhältnis bei der Rolle des Trainers genau entgegengesetzt. So geben 25 Prozent der Befragten aus den neuen Bundesländern an, im Staat einen Trainer zu sehen, während es bei den Westdeutschen nur 14 Prozent sind.

## 5. Die Bürger verbinden mit dem Staat vorwiegend soziale, ordnungs- und sicherheitsorientierte Leistungen.



**Frage:** Menschen können mit dem Begriff Staat ganz unterschiedliche Dinge verbinden. Wie ist das bei Ihnen? Was verbinden Sie mit dem Begriff Staat in erster Linie? Ich nenne Ihnen nun einige Möglichkeiten und Sie sagen mir bitte, welche Sie davon in erster Linie mit dem Staat in Verbindung bringen.

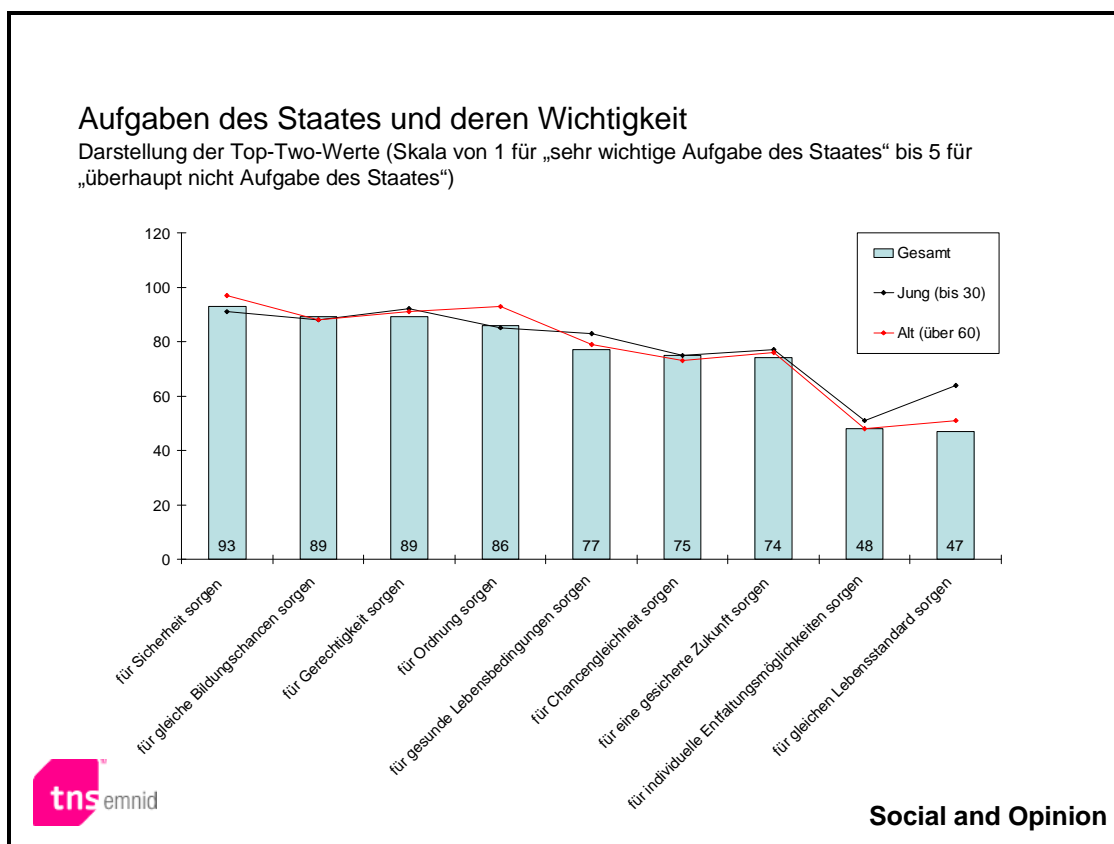
Mehr als ein Drittel der Befragten assoziiert mit dem Begriff „Staat“ vornehmlich **öffentliche, soziale sowie Bildungseinrichtungen**, gefolgt vom **Rechtsrahmen** in Form von „Gesetzen“ sowie der **Durchsetzung** dieses Gesetzesrahmens in Form der „Polizei“.

Die demokratische Ausformung („Bundestag, Landtag“) verbinden nur 23 Prozent der Befragten in erster Linie mit dem Staat – auch andere Institutionen des politischen Lebens (Politiker, Minister) werden nicht in erster Linie genannt. Ebenso spielen die formellen Insignien (Hymne, Fahne, Staatsangehörigkeit) keine dominante Rolle.

Das Finanzamt wird nur von knapp jedem vierten Westdeutschen und sogar nur von 11 Prozent der Ostdeutschen mit dem Staat in Verbindung gebracht.

Der Tendenz nach fällt auf, dass der Staat eher **mit abstrakten, nicht alltäglich wahrgenommenen Funktionen assoziiert** wird und weniger mit konkreten bzw. räumlich begrenzten Institutionen.

6. Die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung, der Chancengleichheit bei der Bildung sowie von Gerechtigkeit sind die wichtigsten Aufgaben des Staates



Frage: Ich nenne Ihnen nun einige Aufgaben und Sie sagen mir bitte jeweils, ob das eine wichtige Aufgabe für den Staat ist. Benutzen Sie dazu bitte eine Skala von 1 für „ist eine sehr wichtige Aufgabe des Staates“ bis 5 für „ist überhaupt nicht Aufgabe des Staates“. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.

Die **überwältigende Mehrheit** der Befragten, 93 Prozent, räumt der **Sicherheit die oberste Priorität** ein, geht es um die Aufgaben des Staates.

Weitgehende Einigkeit herrscht ebenso bei der Forderung, dass der Staat für **gleiche Bildungschancen** für alle seine Bürger zu sorgen habe – überproportional in den neuen Bundesländern.

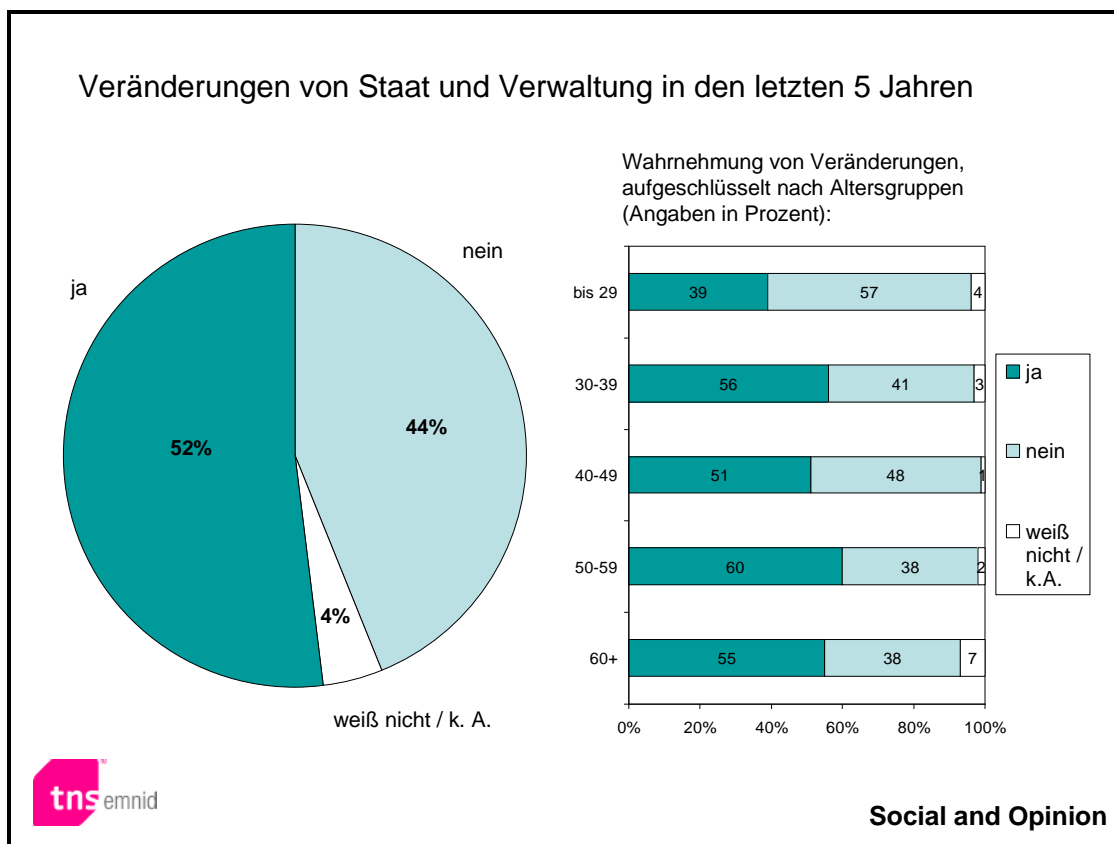
Auch der Feststellung, dass dem Staat primär die Aufgabe zukomme, **für Gerechtigkeit zu sorgen**, wird vom größten Anteil der Befragten – auch hier sind es 89 Prozent – beiepflichtet. 86 Prozent halten die **Sicherstellung von Ordnung** für eine wichtige staatliche Aufgabe. Somit decken sich jene Bereiche, die man mit dem Staat in erster Linie in Verbindung bringt, auch mit jenen Bereichen, die man als wichtig erachtet.

Der Staat als **Aktivator**, der für individuelle Entfaltungsmöglichkeiten sorgt, wird von jedem Zweiten als wichtig erachtet.

Während es im Antwortverhalten zwischen Alt und Jung kaum Unterschiede gibt, fällt bei einer Betrachtung der **Bevölkerung in Ost und West ein zentraler Unterschied** auf: Die Zukunftssicherung wird hier, wohl nicht zuletzt angesichts der schwierigen ökonomischen Lage, vor allem in Ostdeutschland als wichtige Aufgabe des Staates empfunden (84 %, Westdeutschland 71 %).

Die Forderung nach **gleichem Lebensstandard** wird von knapp jedem zweiten Bürger an den Staat gestellt, eine Vorstellung, die den Staat eher in der Rolle des Wohlfahrtsstaates sieht.

**7. Nur jeder zweite Bürger registrierte in den letzten fünf Jahren wichtige Veränderungen in Staat und Verwaltung**

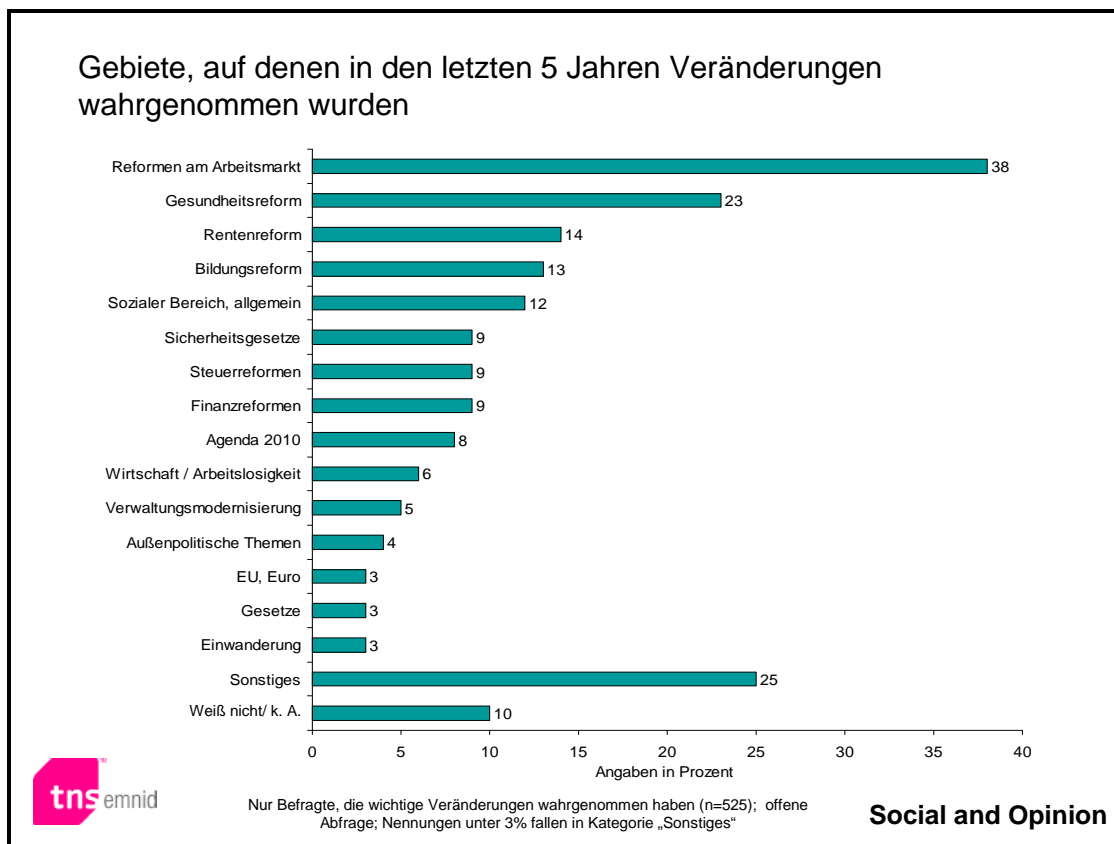


**Frage: Gab es in den letzten 5 Jahren im Zusammenhang von Staat und Verwaltung Ihrer Beobachtung nach wichtige Veränderungen?**

**44 Prozent** der Befragten haben in den **letzten fünf Jahren keine gewichtigen Veränderungen** auf Staats- bzw. Verwaltungsebene registriert. Das heißt: Hartz IV, Gesundheitsreform, Steuerreform, Rentenreform etc. waren spontan also nicht im Gedächtnis der Befragten.

Dieses offensichtliche **Informationsdefizit** ist insbesondere bei den **unter 30jährigen** auszumachen. Umgekehrt: mit zunehmend höherem formellen Bildungsabschluss steigt der Anteil derjenigen, die meinen, dass es in den zurückliegenden fünf Jahren wichtige Wandlungen gegeben habe.

## 8. Die wahrgenommenen Veränderungen liegen größtenteils im Bereich „Arbeit“



**Frage: Auf welchen Gebieten fanden diese statt?**

Mittels einer ungestützten Fragestellung konnten diejenigen Befragten, die Veränderungen in Staat oder Verwaltung wahrgenommen hatten, angeben, auf welchen Gebieten diese stattfanden.

Knapp vier von zehn Befragten geben an, in den vergangenen fünf Jahren **Reformen des Arbeitsmarktes** wahrgenommen zu haben - überdurchschnittlich genannt bei Personen im erwerbstätigen Alter, also den zumindest potentiell Betroffenen.

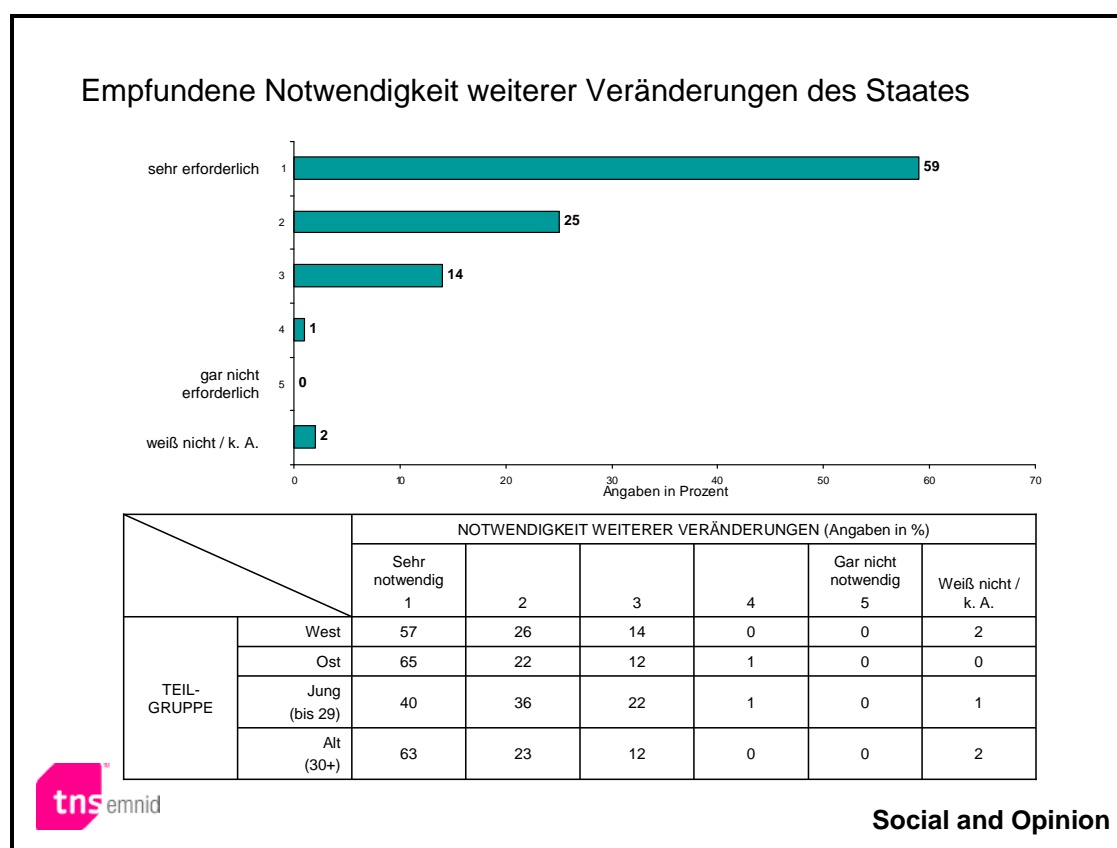
Etwas weniger als jeder Vierte erinnert sich an **Reformen des Gesundheitssystems**. Als weitere wichtige Veränderungen geben 14 bzw. 13 Prozent der Befragten die **Renten- bzw. die Bildungsreform** an. Erwartungsgemäß nennen überdurchschnittlich viele der über 60-Jährigen die Rentenreform (22%).



Jedem Zehnten fällt schließlich gar nichts ein, obwohl die Zielpersonen bei der Vorfrage angegeben hatten, Veränderungen bemerkt zu haben.

**Das heißt: Der Kenntnisstand der Bevölkerung zu den Veränderungen – egal wie man zu ihnen stehen mag – erscheint als äußerst lückenhaft.**

## 9. Die überwältigende Mehrheit betont die Notwendigkeit weiterer Veränderungen des Staates

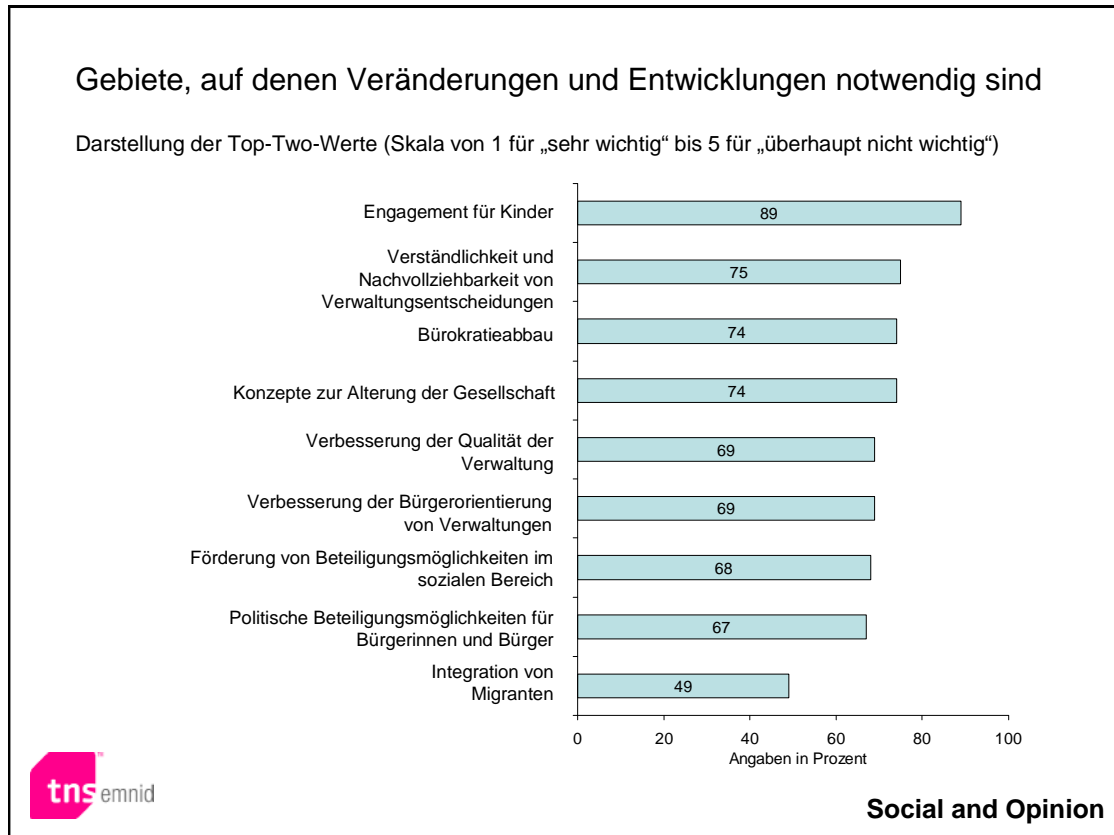


**Frage:** Im Folgenden möchte ich mit Ihnen darüber sprechen, wie sich der Staat weiterentwickeln soll. Sagen Sie mir bitte zunächst ganz allgemein, wie Sie die Notwendigkeit weiterer Veränderungen des Staates einschätzen. 1 bedeutet hierbei „sehr erforderlich“, 5 bedeutet „gar nicht erforderlich“. Mit den dazwischen liegenden Werten können Sie Ihr Urteil abstufen.

Hatte etwa nur gut die Hälfte der Bürger Veränderungen im Bereich Staat und Verwaltung in den letzten fünf Jahren bemerkt, so halten **84 Prozent weitere Veränderungen für erforderlich - 59 Prozent halten diese sogar für sehr dringend.**

Diese Einsicht in die Notwendigkeit von Reformen ist in Ost und West in etwa gleich ausgeprägt, bei den Älteren allerdings stärker als bei den Jüngeren.

## 10. Das verstärkte Engagement für Kinder ist von überragender Wichtigkeit



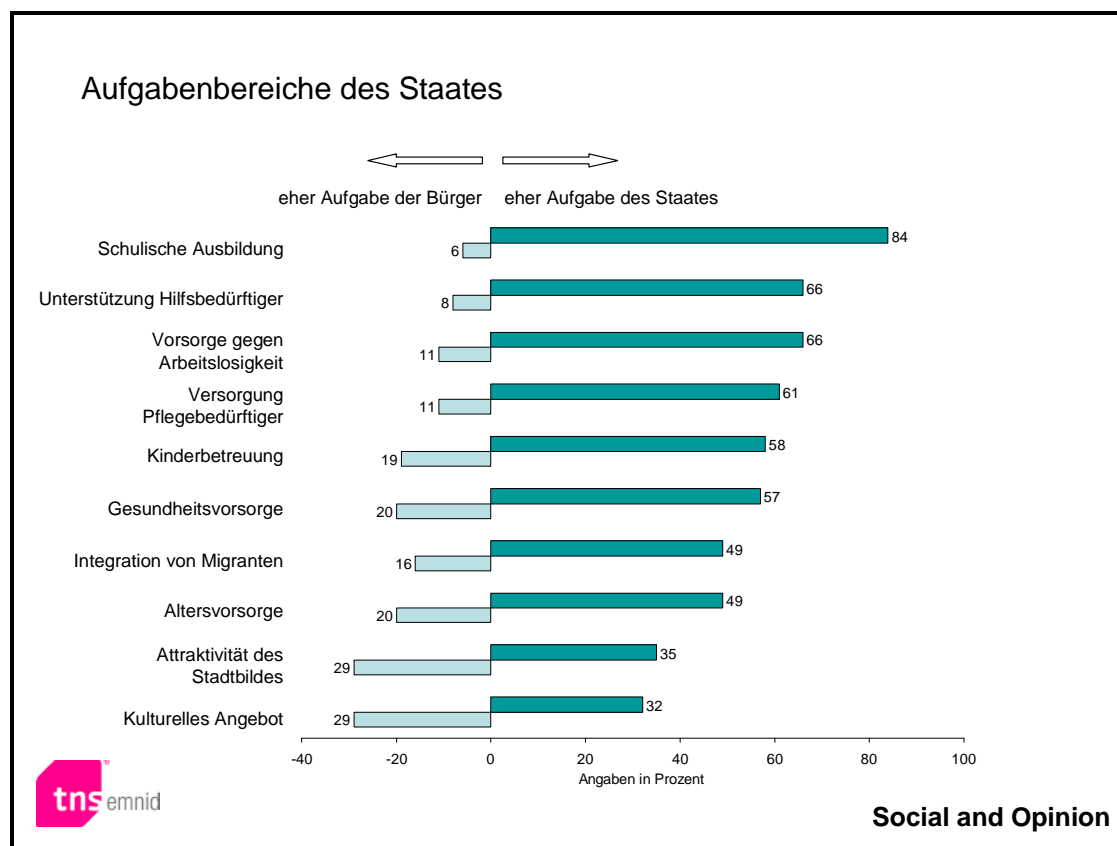
**Frage:** Und wie ist das bei den einzelnen Themenbereichen: Sagen Sie mir bitte auch hier jeweils, wie Sie die Notwendigkeit von Veränderungen und Entwicklungen einschätzen. 1 bedeutet auch hierbei „sehr erforderlich“, 5 bedeutet „gar nicht erforderlich“. Mit den dazwischen liegenden Werten können Sie Ihr Urteil abstufen.

Knapp **neun von zehn Befragten** sind der Meinung, dass vor allem das **Engagement für Kinder** gestärkt werden müsse. Damit ist bspw. die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Förderung Alleinerziehender oder die Ganztagsbetreuung mit Abstand das wichtigste Reformziel der hier abgefragten Bereiche. Konzepte des demographischen Wandels fallen in der Wichtigkeit dagegen deutlich zurück (74 %).

Die Reformtätigkeiten auf der Ebene der **Verwaltungsreform** werden in den verschiedenen Facetten von 69 bis 75 Prozent der Bevölkerung als wichtig erachtet. Mehr politische Partizipation halten immerhin zwei von dreien für wichtig. Die Integration von Migranten ist aus Sicht der Befragten kein primäres Ziel.

Diese, wie die Ergebnisse zuvor, und die gleich folgende Tabelle zeigen, dass der Aspekt „Kinder“, „Bildung“, „Bildungschancen“ aus Sicht der Bürger eine **zentrale Aufgabe des Staates** ist:

**11. Bei konkreten gesellschaftlichen Aufgabenbereichen liegt aus Sicht der Bürger die Verantwortung eindeutig beim Staat, nicht beim Bürger**



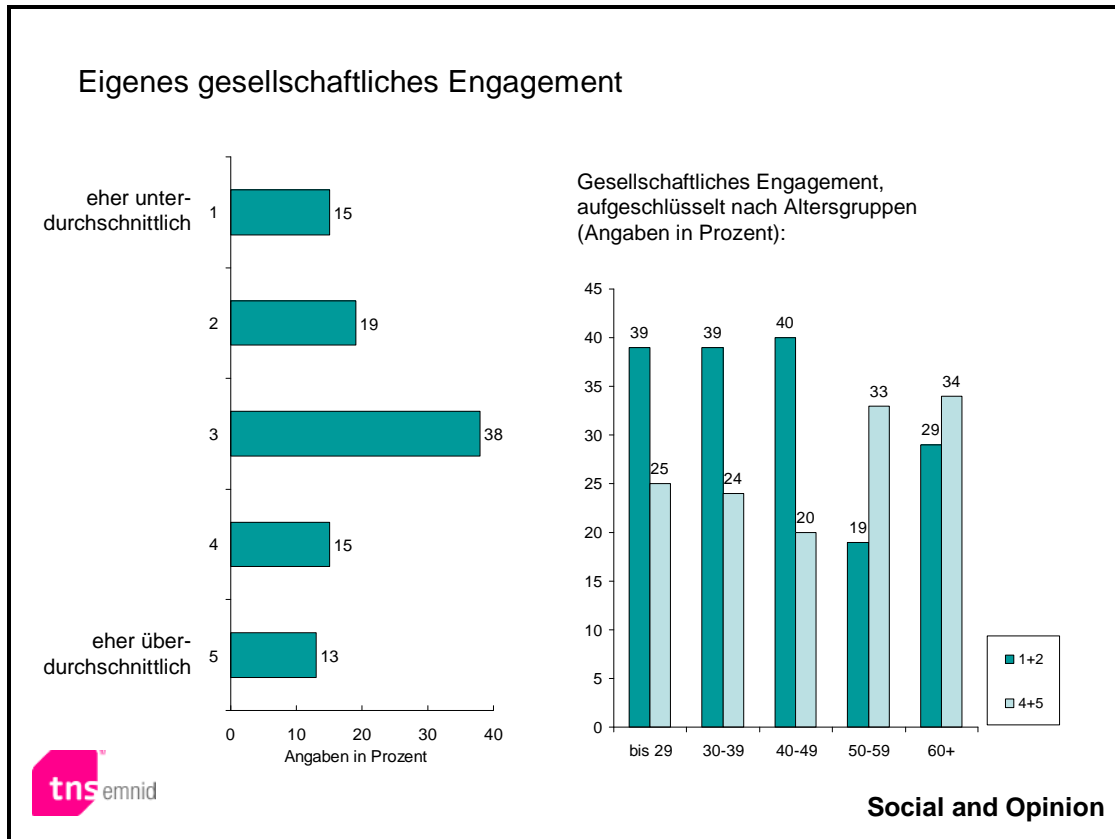
**Frage:** Die Aufgaben in einer Gesellschaft können ja zu ganz unterschiedlichen Teilen vom Staat oder seinen Bürgern erfüllt werden, wenn Sie z.B. an die Berufsfeuerwehr einerseits und die freiwillige Feuerwehr oder an öffentliche Pflegeheime und private Pflege andererseits denken. Ich lese Ihnen im Folgenden einige gesellschaftliche Bereiche vor. Sagen Sie mir bitte jeweils, inwieweit Sie diesen Bereich eher zum Aufgabenbereich des Staates oder zum Aufgabenbereich des einzelnen Bürgers zählen. 1 bedeutet dabei „eher zum Staat“, 5 bedeutet „eher zum Bürger“. Mit den dazwischen liegenden Werten können Sie Ihr Urteil abstufen.

Hatten die Befragten bei der einleitenden Frage dieser Untersuchung mehrheitlich das Individuum als verantwortlich für das eigene Wohlergehen benannt, so ist es bei **konkreten gesellschaftlichen Aufgaben** schließlich der **Staat**, der sich nach Ansicht der Bürger darum kümmern sollte. Er ist letztlich, mit unterschiedlicher Akzentuierung, mehrheitlich für alle der

aufgelisteten gesellschaftlichen Aufgaben zuständig, wobei insbesondere die Bevölkerung in Ostdeutschland den Staat in der Verpflichtung sieht.

Der „**Bürgerstaat**“ ist aus dem Selbstverständnis der Bürger offensichtlich **nicht mehrheitlich gewünscht**, gerade auch in den eher politikfernen Bereichen. Während die schulische Ausbildung nach Auffassung fast aller Bürger in der Verantwortung des Staates liegen soll, sind es selbst beim Stadtbild und dem kulturellem Angebot jeweils ein Drittel.

**12. Sieben von zehn Befragten sehen ihr gesellschaftliches Engagement als unterdurchschnittlich an**



**Frage:** Einzelne können sich ja in unterschiedlichem Maße gesellschaftlich engagieren, z.B. über Mitwirkung im Kirchenkreis, Engagement im Sportverein oder in der Nachbarschaftshilfe. Wie ist das bei Ihnen? Wie schätzen Sie Ihr gesellschaftliches Engagement ein? Ist es eher über- oder eher unterdurchschnittlich? 1 bedeutet hierbei „eher unterdurchschnittlich“, 5 bedeutet „eher überdurchschnittlich“. Mit den dazwischen liegenden Werten können Sie Ihr Urteil abstufen.

Im Durchschnitt geben annähernd genau so viele Befragte an, dass sie sich eher überdurchschnittlich engagieren, wie es Befragte gibt, die meinen, dass ihr Engagement eher unterdurchschnittlich sei. Der **größte Anteil** (knapp 40 Prozent) entscheidet sich jedoch für die mittlere Stufe der Skala, nämlich dass ihr **Engagement weder besonders stark noch ausgesprochen gering ausgeprägt** sei.

Befragte aus den alten Bundesländern geben etwas häufiger (+6 Prozentpunkte) als solche aus den neuen Bundesländern an, dass ihr gesellschaftliches Engagement

überdurchschnittlich hoch sei. Überdurchschnittlich ist das Engagement in der Selbsteinschätzung insbesondere bei den über 50-Jährigen.

### 13. Die Sinnhaftigkeit des gesellschaftlichen Engagements ist die zentrale Triebfeder



**Frage:** Was könnte Sie dazu bewegen, Ihr gesellschaftliches Engagement zukünftig zu verstärken? Ich lese Ihnen im Folgenden einige Aussagen hierzu vor. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob diese für Sie zutreffen.

Knapp zwei Drittel der Befragten geben an, dass es Faktoren der „Sinnhaftigkeit“ oder zeitlichen Durchführbarkeit, sowie praktische Gründe sind, die sie bisher davon abgehalten haben, sich verstärkt gesellschaftlich einzubringen. Pekuniäre Incentives treten dagegen in den Hintergrund.